Da bei den diesjährigen Haushaltsberatung auch das Investitionsprogramm als „Marschrichtung“ eine hohe Bedeutung hat, beantragen wir die Position
2.6300/020.9510
Fußgängerunterführung Nord in das Jahr 2008 einzustellen, da diese Maßnahme zeitgleich mit dem Betrieb der S60 fertiggestellt werden sollte.

Wo Zahlenangaben über die Höhe der Mittel fehlen, liegt es daran, dass wir nicht einschätzen können, in welchem Umfang diese Mittel erforderlich sind. Allein mit der Einstellung einer Anfinanzierungsrate tun wir uns im Bedarfsfall leichter, schnell reagieren zu können.

Der erste Haushalt des neuen Kämmerers. Natürlich macht es die allgemeine Finanzlage etwas einfacher. Wir haben den Eindruck, dass sich Herr Müller sehr schnell in die Renninger Materie eingearbeitet hat. Die langjährigen Mitarbeiter der Kämmerei sind ihm dabei sicher eine große Hilfe gewesen. Die neue äußere Form begrüßen wir, die nicht gebundene Form ist schon lange eine Forderung der Grünen. So erhalten wir nach endgültiger Beschlussfassung die berichtigten Seiten und haben einen aktuellen Haushalt vorliegen.

Die Fraktion Die Grünen wird diesen Haushalt mittragen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Januar 2007
Karin Müller ● Jochen Breutner-Menschick ● Barbara Weihrauch

Sauberkeit in der Stadt: Thema bei beiden Bürgerversammlungen im Herbst und hier vorrangig die Verunreinigung der Wege durch Pferdehinterlassenschaften. Mal ganz ehrlich: über Hundedreck regen wir uns schon lange auf. Es gibt Tütchen und immer wieder die Appelle an die Hundebesitzer. Diese bezahlen auch eine Steuer, für ihre Tiere. Pferdebesitzer werden in keinster Weise belastet. Natürlich kann man sich auf die Ortssatzung zurückziehen, wonach auch Pferdebesitzer verpflichtet sind, die Hinterlassenschaften zu entsorgen, nur es macht kaum einer. Also lassen wir uns etwas einfallen. Wir erheben eine Steuer auf Pensionstiere und geben im Gegenzug entweder Säckchen für die Vierbeiner aus, die diese dann auch tragen müssen oder wir erhöhen unseren Straßenreinigungsturnus.

Wir haben die folgenden Anträge gestellt,

1. Einzelplan 2/2929 :Einstellung zusätzlicher Mittel für bezahlt ehrenamtliche Tätigkeit und einer Fachkraft für die Ganztagesbetreuung.
   Die Ganztagesbetreuung wird bereits mit Beginn des Schuljahres 2007/2008 aufgenommen werden. Die Einstellung von weiteren Mitteln erscheint uns daher notwendig.
2. Einzelplan 0/0000: Zusätzliche Mittel zur Schaffung eines Ausbildungsplatzes.
   Mit gutem Beispiel zur Schaffung von Ausbildungsplätzen vorangehen.

3. 10.000,00 € für die Fortführung der Modernisierung der Fahrradabstellplätze im Schulzentrum Renningen (Bereich Rankbachstraße). Teilbereich sollte mit Überdachung versehen werden. Durch den Wegfall der überdachten Abstellplätze an der Jahnstraße hat sich die Anzahl der überdachten Abstellplätze verringert.
   Angesichts der Tatsache, dass das Fahrrad für die überwiegende Zahl der Schülerinnen und Schüler aus dem Stadtteil Malmsheim und dem Gebiet Hummelbaum das Verkehrsmittel ist, sollten die Abstellmöglichkeiten so gestaltet werden, dass das Fahrrad nicht den ganzen Tag den Wettereinflüssen ausgesetzt ist. Dies ist angesichts der im kommenden Schuljahr anlaufenden Ganztagesbetreuung von größerer Bedeutung.

4. Erlass der Hundesteuer für ein Jahr für Hunde, die aus einem Tierheim geholt werden (ausgenommen Zwingerhunde.
   Es handelt sich um eine eher symbolische Anerkennung für Hundehalter, die ein Tier aus dem Tierheim holen.
   Davon ausgehend, dass die Anzahl der Tiere, die aus einem Tierheim geholt werden, nicht übermäßig hoch ist, kann von Mindereinnahmen bei der Hundesteuer von EUR 1.000,00 gerechnet werden.

Verschwendung von Gelder der Region und einen unnötigen Flächenverbrauch, Versiegelung, und eine Beeinträchtigung des Landschaft- und Stadtbildes dar. Noch ist es für eine Umkehr nicht zu spät.

Grundsätzlich finden wir die Bemühungen für das Projekt Mühlgasse langsam absurd. Immerhin erkennt die Verwaltung offensichtlich, dass für die Sanierung und Unterhaltung des Gebäudes kein Geld vorhanden ist. Noch einmal sei daran erinnert, dass wir ein neu eingerichtetes Archäologisches Museum haben und eine Galerie nur benötigen, um die Sanierung der Mühlgasse 6 zu rechtfertigen. Über eine Umsiedlung der Bibliothek an diese Stelle reden wir auch nicht mehr.
Wenn am Ende gar Neubaugebiete Einwohnerzuwächse bringen müssen um Infrastruktur zu erhalten, möchten wir diese zusätzliche Infrastruktur Mühlgasse 6 nur noch unter Verkaufserlöse im Haushalt stehen haben.
Die Infrastruktur der Abwasserversorgung wird durch die Gebühren finanziert. Die Höhe der Gebühr richtet sich nach den Kosten der Infrastruktur und wird auf die Verbraucher umgelegt. Die Verbraucher, die die Infrastruktur durch große versiegelte Flächen stärker in Anspruch nehmen als der Einfamilienhaus-Besitzer mit Garten partizipiert also mit diesem System. Gebührengerechtigkeit kann ein System bringen, das die Grundstücksfläche ins Verhältnis mit dem Versiegelungsgrad bringt. Dass das machbar ist, zeigt eine Großstadt wie Stuttgart, die seit diesem Jahr nach diesem Verfahren Abwassergebühr erhebt. Die Umstellung ist im übrigen weitgehend aufkommensneutral, mit Mindereinnahmen ist nicht zu rechnen. Wir stellen dazu keinen Antrag, weil wir davon ausgehen, dass die Verwaltung erkennt, dass geltendes Recht umzusetzen ist.

Klimaschutz – angesichts des kaum stattgefunden Winters ein Ziel, das plötzlich wieder im Fokus steht. Kaum irgendwo anders als hier gilt:

global denken – lokal handeln.

Wir erwarten, dass die Stadt dort wo es um Zukunftsfähigkeit geht, also an den Kindergärten und Schulen, den Strom aus zukunftsfähigen, also erneuerbaren Energien, einkauft. Entweder über das Ökostromlos der Bündelausschreibung oder noch besser über eine interkommunale Ausschreibung mit anderen Städten, wie es in Ebersbach praktiziert wird.
Verblüffend finden wir, dass unter Bekanntgaben darüber informiert wird, wer uns Strom verkaufen darf. Entscheidungen über sechsstellige Beträge werden so als laufende Verwaltungstätigkeit getätigt? Wo bleibt da der Gemeinderat ?
Interessant wird der Haushalt, wenn es um Energieeinsparung im Schulbereich geht. Da werden Preise für Energieeinsparung vergeben, obwohl dieser Haushalt noch nicht einmal in der Lage ist, über die Energiekosten der einzelnen Schulen Aussagen zu machen.
Um unseren neuen "Nahwärmeverbund" langfristig in geordnete Verhältnisse zu bringen sehen wir den heute zu beschließenden Regiebetrieb als Übergangslösung und möchten zeitnah über die Gründung von eigenen Stadtwerken beraten um im Ort einen Partner für die Versorgung mit Wasser, Energie, Wärme und Mobilität zu haben. Womit auch an die Themen Stadtbus und Konzessionsverträge erinnert ist. Über beide Themen muss in diesem Jahr ausführlich informiert werden. Der Gemeinderat muss frühzeitig und umfassend Möglichkeit haben sich auch mit alternativen Konzepten zu befassen um genügend Zeit zu haben die Weichen richtig zu stellen.

Lokales Handeln sehen wir auch darin, den motorisierten Individualverkehr nicht durch innerstädtische Parkplätze zu fördern.
So sehen wir den Bau des Parkplatzes Gottfried-Bauer-Str. nicht als Anreiz, das Auto stehen zu lassen und umweltfreundliche Verkehrsmittel zu benutzen.
Auch der Bau der Unterführung am Südbahnhof für den PKW-Verkehr als Ersatz der Bahnquerung Weil der Städter Straße stellt unserer Ansicht nach eine

Die gesellschaftlichen Herausforderungen schlagen sich in Haushaltsposten nieder, die wir bisher nicht hatten:
Der Bau der Mensa für die Ganztagsbetreuung wird in diesem Jahr abgeschlossen. Bereits zum neuen Schuljahr 2007/08 soll die Ganztagsbetreuung an drei Tagen der Woche für die Klassen 5 bis 8 aller Schularten angeboten werden. Allein der Mittagtisch soll von statt heute 120 Essen pro Tag an zwei Tagen in der Woche auf bis zu 400 Essen täglich an drei Tagen in der Woche erweitert werden. Hinzu kommen Nachmittagsangebote wie Hausaufgabenbetreuung, Sport- und sonstige Arbeitsgemeinschaften. Man kann nicht davon ausgehen dass dieses umfangreiche Angebot langfristig gesichert werden kann ohne den Einsatz von Fachkräften und ohne die Bezahlung einer Aufwandsentschädigung an die ehrenamtlichen Helfer. Das kostet Geld, das in den Haushalt eingestellt werden muss.

Das Thema Jugendarbeitslosigkeit ist in aller Munde. Wir meinen, es würde unserer Gemeinde gut anstehen, hier ein Zeichen zu setzen und einen zusätzlichen Ausbildungsplatz in der Stadtverwaltung anzubieten. Bisher liegen wir im Vergleich mit anderen Städten unserer Größenordnung in Sachen Ausbildungsangebot fast am unteren Ende.
Der schonende Umgang mit Ressourcen, die Wertschöpfung aus heimischer Energie, haben wir mit dem Bau der Holzhackschnitzel-Heizanlage angepackt. Ein Projekt, das zeigt, dass grüne Ideen zukunftsfähig und wirtschaftlich sind. Die Investitionskosten für die Anlage sind bei der Wasserversorgung im Vermögenshaushalt zugeordnet. Wir fassen ja heute abend noch einen Beschluss darüber, welche Betriebsform diese Nahwärmeversorgung haben wird. Daher gehen wir davon aus, dass diese Mittel dann in den entsprechenden Haushaltstitel überführt werden.
Bis zu 30 000 € sind als Einsparungen bei den Energiekosten angekündigt aber nirgends angesetzt. Die Einnahmen aus dem Verkauf der Hackschnitzel beim Forstbetrieb erscheinen in diesem Titel nicht, es gibt sogar eine Reduzierung bei den Erlösen und den Personalkosten. Eigentlich müssten die Einnahmen beim Forstbetrieb steigen. Wir fragen uns natürlich auch, mit welchem Personal diese Mehreinnahmen beim Forstbetrieb erwirtschaftet werden sollen.

FRAKTION BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN IM STADTRAT RENNINGEN
Haushaltsrede 2007

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Faißt, Herr Müller
Kolleginnen und Kollegen,
der Silberstreif des letzten Jahres am Finanzhimmel ist zu einem hellen Licht erstrahlt. Steigende eigene Steuereinnahmen und erhöhte Zuweisungen erlauben 2007 ein Wirtschaften, das den Namen verdient.
Auch der Kreis hat entgegen allen Befürchtungen die Umlage nicht erhöht.
Durch den Rückgang der Arbeitslosigkeit entspannt sich die Situation auf allen Ebenen. Können wir aufatmen ?
Wir sind zumindest in der Lage, durchzuatmen, die Situation in Ruhe analysieren.
Es hat sich trotzdem grundsätzlich in den Strukturen nicht viel geändert.
Nach wie vor sind wir angewiesen auf Zuweisungen, bezahlen Umlagen an Kreis, Region und Land – beklagen dies auch und nehmen doch Fördermittel aus diesen Kassen in Anspruch.
Mit den begonnenen Baulandumlegungen wachsen wir flächenmäßig weiter. Die Einwohnerzahl stagniert auf dem Stand von 2003. Alle Prognosen hinsichtlich Wachstum in der Region Stuttgart sind in den vergangenen zwei Jahren nach unten korrigiert worden. Renningen wird sich auch als Siedlungsschwerpunkt diesem Trend nicht entziehen können. Die Gleichung „Wachstum = Reichtum“ geht nicht auf. Die Infrastruktur muss der Zahl der Einwohner angepasst werden und nicht umgekehrt.
Neu ist in diesem Jahr die Budgetierung einzelner Haushaltsstellen. Wir unterstützen dies ausdrücklich.
Immer zitiert wird im Haushaltsplanentwurf der Personalkostenvergleich des BdS. Ein dritter Platz bei nur neun vergleichbaren Kommunen nicht sehr aussagekräftig. Auffallend ist nur, dass die Stadt Renningen unterdurchschnittlich ausbildet. Das möchten wir geändert wissen.
Unser Ziel ist es, die Zitrone nicht auf Kosten des Personals zu quetschen. Mit immer weniger Personal wird die Arbeit nicht unbedingt besser. Wenn der Gemeinderat immer wieder und sogar rentierliche Maßnahmen aufschieben muss, wird eine sparsame Haushaltsführung bedenklich.